

Rechte statt Wohltätigkeit

Nina Schneider | Pepo Hofstetter **Die Uno-Millenniumsziele zur Beseitigung der schlimmsten Armut sollten bis 2015 erfüllt sein. Davon sind wir noch weit entfernt. Die Diskussion aber, wie es nach 2015 weitergehen soll, läuft auf vollen Touren.**

Der Bilanzbericht 2012 der Uno¹ zeigt einmal mehr: Global gesehen werden die meisten Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) verfehlt werden. Auf Kurs ist die Staatengemeinschaft lediglich bei der Halbierung der schlimmsten Einkommensarmut (China sei Dank!), beim Zugang zu sauberem Wasser, der Parität von Mädchen und Knaben in der Primarschule und – halbwegs – bei der Einschulung aller Kinder in die Grundstufe. Bei allen anderen Zielen liegt man teils noch weit hinter den Vorgaben zurück. Insbesondere fragile, von Krieg und Konflikten belastete Staaten konnten die MDGs wenig für lokale Fortschritte nutzen.

Dennoch wäre es verfehlt, einfach von einem Scheitern des MDG-Konzepts zu sprechen. Viele Länder, auch afrikanische, haben in der Bildung, Gesundheit oder der Bekämpfung

der Kindersterblichkeit beachtliche Fortschritte erzielt und dafür grössere finanzielle Mittel erhalten. Derweil haben die Industriestaaten auf mehreren Ebenen versagt. Nur fünf von 22 OECD-Staaten haben ihre Hilfe auf die versprochenen 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens erhöht. Und keiner hat an den ungerechten Grundfesten der Handels- und Finanzsysteme gerüttelt.

Die Stärken der MDGs

Die Stärken der MDGs sollten auch der Nachfolgeagenda zugrunde liegen, die derzeit für die Zeit nach 2015 entworfen wird. Das fordern u.a. ein UN Task Team in seinem Bericht an den Uno-Generalsekretär² und die NGO-Netzwerke Beyond 2015³ und Eurostep⁴ anlässlich einer EU-Konsultation.



Die Millenniumsziele ermöglichten es, die Öffentlichkeit für Armutsbekämpfung und mehr Entwicklungshilfe zu sensibilisieren: Aktion der Kampagne «0,7% – Gemeinsam gegen Armut» in Basel, Oktober 2007.

Alle drei betonen, dass die MDGs die internationale Entwicklungszusammenarbeit stärker auf die Bekämpfung der Armut und auf soziale Ziele fokussierten. Sie gaben den verschiedenen Akteuren eine gemeinsame Richtung vor und bewirkten, dass Regierungen mehr in soziale Bereiche investierten. Die beschränkte Anzahl der Ziele, ihre klare Formulierung, ihre Messbarkeit mittels Indikatoren und Zeitvorgaben haben eine breite politische Mobilisierung ermöglicht.

Aus Schwächen lernen

Die MDGs haben aber auch klare Mängel, die künftig vermieden werden sollten. Beyond 2015 und Eurostep, aber auch das UN Task Team kritisieren, dass der breite, menschenrechtsbasierte Entwicklungsansatz der Uno-Millenniumserklärung auf politisch harmlose, kaum umstrittene Sozialziele reduziert worden sei. Die Notwendigkeit struktureller Veränderungen sei ebenso ausgeklammert worden wie soziale Ungleichheit, Umweltziele oder die Vermeidung von Konflikten und Gewalt. Die Ziele hätten Endergebnisse festgeschrieben, es aber tunlichst vermieden, die Ursachen von Armut zu benennen oder die Politik, die nötig wäre, um sie zu beseitigen. Kritisiert wird auch, dass die MDGs ohne breite Konsultation der Regierungen, der Zivilgesellschaft und von Betroffenen erarbeitet wurden. Viele Entwicklungsländer empfanden sie deshalb als neue Konditionalität und identifizierten sich wenig mit ihnen. Ausserdem hätten die MDGs die Verantwortung der Industrieländer für die weltweiten Krisen und ihre eigenen sozialen und ökologischen Probleme grosszügig ausgeklammert.

Konturen einer neuen Agenda

Ausgehend von diesen Erkenntnissen skizzieren das UN Task Team und die beiden NGO-Netzwerke erste Konturen einer Post-2015-Entwicklungsagenda. Übereinstimmend erwarten sie, dass diese den aktuellen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen und Herausforderungen (Klima-, Wirtschafts-, Schulden-, Ernährungs- und Gesundheitskrisen usw.) Rechnung trägt und

weltweit die Verwirklichungschancen der Benachteiligten zu verbessern sucht. Ziel soll eine «gerechte und nachhaltige Welt sein, in der alle Menschen ihre Rechte wahrnehmen können» (Beyond 2015). Die neue Agenda soll sich an alle Staaten richten, aber unterschiedliche Verantwortungen und Pflichten festhalten. Denn die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen haben längst auch den Norden erreicht. In Zukunft sind alle Länder gefordert, aus dem Hamsterrad des zerstörerischen Wirtschaftswachstums auszubrechen und Produktions- und Konsummodelle zu finden, welche die Umwelt respektieren.

Kurz: Das bisherige Entwicklungsparadigma der gönnerhaften Wohltätigkeit («Der Norden hilft dem Süden») soll durch einen universalen Ansatz ersetzt werden. Armut, soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeiten innerhalb, aber auch zwischen den Nationen sollen bekämpft und gleichzeitig die ökologischen Grenzen des Planeten gewürdigt werden.

Das bedingt, dass Machtungleichgewichte reduziert und die Privilegien der transnationalen Wirtschafts- und Finanzakteure zugunsten öffentlicher Rechte und demokratischer Aushandlungsprozesse zurückgebunden werden.

Die beiden NGO-Netzwerke betonen weiter, in einer Post-2015-Agenda müsse die Rolle und Rechenschaftspflicht der nationalen Regierungen aufgewertet werden. Sie tragen nicht nur die Hauptverantwortung für das Wohl und die langfristigen Interessen ihrer Bevölkerung. Sie sollen auch die (weltweiten) Folgen ihrer Aussen- und Wirtschaftspolitik verantworten müssen und auf Basis eines Pro-Kopf-Ansatzes für den historisch akkumulierten Ressourcenverbrauch aufkommen.

>>> Seite 12

- 1 www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Report%202012.pdf
- 2 www.un.org/millenniumgoals/pdf/Post_2015_UNTreport.pdf
- 3 *Beyond 2015 umfasst über 400 NGOs aus 80 Ländern, darunter Alliance Sud: www.beyond2015.org.*
- 4 www.eurostep.org

Neue Entwicklungsagenda

Der Fahrplan

Uno-Generalsekretär Ban Ki-moon hat seit letztem Dezember mehrere Arbeitsgruppen beauftragt, sich mit der Erarbeitung einer neuen Entwicklungsagenda zu befassen. Erstens das Post-2015 UN Task Team, das von der Uno-Entwicklungsorganisation UNDP und der Uno-Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (Undesa) koordiniert wird und rund 50 Uno-Agenturen und Abteilungen umfasst. Im Juni hat es einen ersten Bericht publiziert (s. Haupttext). Zweitens ein hochrangiges Panel von Persönlichkeiten, das bis im Mai 2013 Empfehlungen erarbeiten soll «mit

unterschiedlichen Verantwortungen für alle Länder und den Schwerpunkten Bekämpfung der Armut und nachhaltige Entwicklung». Seine Empfehlungen sollen im Herbst 2013 von der Uno-Generalversammlung diskutiert werden. Schliesslich ein Expertengremium unter dem US-Ökonomen und Uno-Berater Jeffrey D. Sachs, das den Prozess wissenschaftlich begleiten soll. Ziel ist es, die neue Entwicklungsagenda 2014, spätestens 2015 zu verabschieden.

Parallel dazu beauftragte Ende Juni die Rio+20-Konferenz die Uno-Generalversammlung, im Herbst eine Arbeits-

gruppe mit VertreterInnen aus 30 Ländern aller Weltregionen zu bestimmen. Diese soll innerhalb eines Jahres einen umfassenden Katalog von Zielen für eine nachhaltige Entwicklung präsentieren (Sustainable Development Goals SDGs). Gemäss Rio+20-Schlussdokument soll der SDG-Prozess kohärent und koordiniert zum Post-2015-Prozess verlaufen. Darüber, wie und ob die beiden Prozesse in eine gemeinsame Agenda einfließen sollen, wurde nichts vereinbart.

Pepo Hofstetter